

Doppelpass-Debatte ist provinziell



Die Große Koalition bleibt mit ihrem Beschluss zur doppelten Staatsbürgerschaft hinter den Erwartungen zurück, kritisiert FDP NRW-Fraktionsvize Joachim Stamp. Für den Liberalen ist klar: Den Wettbewerb um die besten Köpfe gewinne die Bundesrepublik nicht durch eine „provinzielle Debatte um Pässe“. Zukünftig sollen sich junge Menschen mit zwei Staatsangehörigkeiten nicht mehr an ihrem 23. Geburtstag entscheiden müssen, ob sie die deutsche behalten oder aufgeben wollen.

Für den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Joachim Stamp, steht fest: „Wenn Deutschland in der globalisierten Welt dauerhaft bestehen will, braucht es die grundsätzliche Möglichkeit der Mehrstaatigkeit.“ Mit der aktuell vorgestellten Regelung erfülle die schwarz-rote Koalition die Erwartungen an eine eindeutige Regelung nicht, monierte der Liberale.

Hintergrund

Die neue Regelung bezieht sich in erster Linie auf die Kinder von Zuwanderern, die sowohl die Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes als auch die deutsche Staatsbürgerschaft innehaben. Bislang mussten sie sich bis zum 23. Geburtstag für einen Pass entscheiden. In Zukunft dürfen sie den deutschen Pass behalten, wenn nachgewiesen wird, dass sie bei Vollendung des 21. Lebensjahres mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt oder sechs Jahre die Schule besucht haben.